



Betriebszeitung des  
Gewerkschaftlichen Linksblocks  
in der Gewerkschaft  
der Gemeindebediensteten



# Gemeinde-Forum

Ausgabe: 2a/2004

## Gestorben - und keiner hat es gemerkt

*Aber es geht auch anders*

Häuser  
zum Leben

Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeine-Fo

**AK - Wahl Mai 2004**

**GLB Liste 7** 

→ Seite 6/7

Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeine-Fo

## Wilhelminenspital – Betreten auf eigene Gefahr



Wie Inkompetenz zur tödlichen Gefahr wird...

→ Nachzulesen auf Seite 8

Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeine-Fo

## Probelauf der Fa. Gustana in den KTH .. .. erheblicher Mehraufwand!

→ Seite 9

## Gestorben - und keiner hat es gemerkt



Mittwoch, 7, April 2004  
– ein kleiner, kaum wahrnehmbarer Absatz in der „Krone“ –

70 jähriger, seit 18 Monaten tot vor dem laufenden Fernsehgerät. Hätten Kinder beim Spielen nicht das Fenster zer-

trümmert, wäre der Tod des alten Mannes noch immer niemanden aufgefallen. Passiert ist das in Brüssel, hat aber nichts zu sagen, denn es hätte ebenso gut Wien oder London sein können.

Solche zutiefst traurigen Ereignisse, sind aber typisch für die Zeit in der wir alle leben. Sämtliche Zahlungen werden automatisch von Konten abgebucht, Pensionen werden vorzugsweise überwiesen und nur mehr vereinzelt vom Postler gebracht. Kontakte zu den Nachbarn werden auch immer seltener, Mann/Frau geht auch nicht mehr zur Milchfrau an der Ecke – die gibt es nämlich nicht mehr, - sondern muss mit unpersönlichen Supermarktketten vorlieb nehmen. Der Mensch wird immer mehr anonym, er ist nicht mehr als eine Nummer die auf den diversesten Ämtern aufscheint.

Solange man jung ist, hat man damit sicher nicht allzu viel Probleme, im Alter aber beginnt man sich davor zu fürchten. Man hat Angst vor Einsamkeit, Hilflosigkeit, Armut, Pflegebedürftigkeit, usw. Diese Liste könnte man noch endlos fortsetzen.

**Aber es kann auch anders sein:**

Am Beispiel von Frau Karoline T., 93 Jahre, wohnhaft in Wien 21., Pensionistenhaus Leopoldau und meine Großmutter

Seit gut 15 Jahren lebt meine Großmutter in diesem Pensionistenhaus. Unter dem Slogan „Häuser zum Leben“ wirbt das Kuratorium WR. Pensionistenheime (ausgegliedert von der Gemeinde Wien) für diese, sehr guten und modernen Einrichtungen. Die betagten Bewohner dieser Häuser bewohnen im allgemeinen eine kleine Wohnung mit Balkon/Bad/WC/Kochnische m. Külschrank/Wohnzimmer/Schlafnische. Da die eigenen Möbel mitgenommen werden dürfen, wird verhindert, dass man sich sehr „fremd“ in der neuen Umgebung fühlt. Jedes Zimmer hat einen Kabel TV- und Telefon Anschluss. Die Bewohner haben freie Essenswahl für Mittag- und Abendessen, das Essen wird wahlweise aufs Zimmer gebracht oder man hat die Möglichkeit für ein reichhaltiges Mittagsbuffet. Es gibt auch, wenn man mag, eine gemeinsame Kaffeepause die durch diverse Veranstaltungen versüßt wird. Besuche können zu jeder Zeit empfangen werden.

Sollte ein Bewohner krank oder pflegebedürftig werden, so hat er die Möglichkeit, sofern etwas frei ist, sich in die hauseigene Bettenstation zu legen.

Ein Monat in so einem Haus kostet um die 1000 €, dieses Geld muss der Bewohner selbst aufbringen. Kann er das nicht, aufgrund einer zu geringen Pension, kommt die Stadt Wien für den Restbetrag aus dem So-

zialhilfebudget auf. Den Bewohnern bleibt aber ein Taschengeld von ca, 20 % ihrer Pension.

Meine Großmutter hat sich vom ersten Tag an im Haus Leopoldau sehr wohl gefühlt und war froh, nicht mehr allein in ihrer Substandardwohnung leben zu müssen.

Das erste mal in ihrem Leben hat sie nun ein eigenes Badezimmer und ein WC in der Wohnung, vom Kabelfernsehen möchte ich gar nicht reden.

Bis vor 3 Jahren war sie noch sehr agil, lebenslustig, war gut zu Fuß unterwegs und brauchte keine Medikamente, was sich aber im Laufe der Zeit sehr schnell änderte. Sie konnte plötzlich nur mehr sehr schwer gehen, sich nur mehr mit größter Anstrengung anziehen und sich nicht mehr alleine waschen und pflegen. Um zu verhindern, dass sie auf die Bettenstation verlegt wird, wurde sie abwechselnd von meiner Mutter oder Tante tagtäglich besucht und versorgt. Ohne Zweifel eine große und schwierige Aufgabe und an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön dafür.

Es kam aber noch schlimmer, vor einen Monat stürzte sie in der Nacht schwer, erlitt einen Oberschenkelhalsbruch und musste operiert werden. Wäre sie noch in ihrer alten Wohnung gewesen, hätte lange niemand diesen Unfall bemerkt, so aber konnte sie noch eine Funk-Nottaste drücken, die an ihrem Handgelenk befestigt war und Hilfe war binnen Minuten da.

Die Operation überstand sie den Umständen entsprechend, konnte aber überhaupt nicht mehr gehen und war ziemlich orientierungslos.

Da organisierte das „Pensionistenhaus Leopoldau“, weil sie momentan nicht mehr in ihre Heimwohnung zurückkehren konnte und kein Platz in der Bettenstation frei war, einen Platz im „Pensionistenhaus Wieden“ in dem eine REMOBILSTATION vorhanden ist.

Die Leistungen des Pflegepersonals und der Therapeuten dort und natürlich auch in den anderen Pensionistenhäusern, können nicht genügend gewürdigt werden und sind UNBEZAHLBAR. Die alten Menschen dürfen ihre Würde behalten indem sie menschlich

und freundlich behandelt werden. Es wird ihnen geholfen, denn alles muss mühsamst wieder erlernt werden und wenn ich hier schreibe „alles“, dann meine ich auch wirklich alles!

Abschließend möchte ich bemerken, dass man, wenn man die „gemeindeeigenen Pensionistenhäuser“ (die anderen kenne ich nicht) betrachtet und die sozialen und wirklich guten Bedingungen unter denen unsere älteren Mitmenschen auch alt sein dürfen sieht, dann kann man sagen, dass vom SOZIALEN WIEN doch noch etwas übergeblieben ist.

Aber wie lange noch – und wie wird unsere Zukunft aussehen?

Denn in einigen Bundesländern müssen die „Kinder“ für ihre betagten Eltern, die in einem staatlich betreuten Pensionistenhaus leben, hinzu zahlen, wenn deren Eigenpension zu gering ist.

**Doris Grössinger**

Häuser  
zum Leben

## Die Puppenspieler



### Was steckt wirklich hinter dem internationalen Terrorismus?

Wie die Geschichte lehrt, führen soziale Mißstände immer wieder zu Gegenreaktionen der betroffenen Bevölkerung.

Von den Sklavenaufständen im alten Rom über die Bauernkriege des 16. Jahrhunderts und die französische Revolution bis hin zum Bürgerkrieg der 30er Jahre, reicht der Bogen dieser Ereignisse.

Wer immer die staatliche Gewalt ausübte, setzte diese Gewalt im Sinne des Wortes auch tatsächlich ein.

Soziale Verschlechterungen bis hin zur Verarmung ganzer Bevölkerungsschichten erleben wir derzeit auch wieder.

Die neoliberalen Gesellschaftsordnungen, die sich mit Windeseile breitmachen, haben in den USA bereits dazu geführt, daß 90% des Kapitals von knapp 10% der Bevölkerung dominiert werden.

Europa ist auf dem Weg in dieselbe Richtung.

Der Unterschied zu den vergangenen Jahrhunderten besteht darin, daß die eigentlichen Machthaber nun anonym bleiben.

Nicht die einzelnen nationalstaatlichen Regierungen sind es, die die Entscheidungen treffen, sondern die Eigentümer multinationaler Konzerne. Die Strukturen dieser Konzerne sind so verwickelt, daß selbst die meisten Insider nicht wissen, wer die wahren Eigentümer eigentlich sind.

Natürlich wissen auch diese „neuen“ Machthaber, daß soziale Unruhen auf Dauer nicht zu vermeiden sein werden.

Und genauso natürlich treffen sie ihre Vorkehrungen.

In den USA hat es der amtierende Präsident bereits geschafft, einen Polizeistaat einzurichten, gegen den alle vorhergehenden zur Bedeutungslosigkeit verblasen. 80 (!) Geheimdienste sorgen dafür, daß jeder Widerstand der sozial Benachteiligten sofort im Keim erstickt wird.

Der ebenso schreckliche wie merkwürdige angebliche „Terroranschlag“ vom 11.9. lieferte die perfekte Begründung dafür.

Nun hat dieser „Terror“ anscheinend auch auf Europa übergegriffen und in Madrid seine ersten Opfer gefordert.

Und wieder einmal sind es „fundamentalistische Moslems“, die den Vorwand dafür liefern, auch in Europa die Bürgerrechte zu eliminieren.

Aber stimmt das wirklich?

Sind es wirklich muslimische Fanatiker, die weltweit Angst und Schrecken verbreiten?

Soll man wirklich glauben, daß die geistigen Führer der moslemischen Sekten in den letzten 50 Jahren nichts dazugelernt und nicht begriffen haben, daß Terroranschläge völlig sinnlos und kontraproduktiv sind?

*Oder ist es nicht vielmehr so, daß der angebliche „internationale Terrorismus“ in Wirklichkeit nichts anderes ist, als ein Sektor des internationalen Dienstleistungswesens?*

Spätestens seit dem letzten Irak-Krieg ist auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, daß dort

nicht nur reguläre Truppen der US-Army, sondern auch eine große Anzahl von Söldnern, die von privaten Kriegsunternehmen bezahlt werden, zum Einsatz kamen.

Diese Dienstleistungsunternehmen, die völlig ungeniert auch im Internet inserieren, bieten jedem, der es sich leisten kann, komplette Armeen an, die mit modernstem Gerät ausgestattet sind und jeden gewünschten Einsatz durchführen können.

Marktführer auf diesem Gebiet sind die russische Firma Sukhoi und die US-amerikanische Firma International Charter Incorporated (ICI).

Die Söldner, die für diese Firmen tätig sind, unterliegen keinerlei Militärgesetzbarkeit und kümmern sich auch nicht im mindesten um die Genfer Konvention. Sie erfüllen die Aufträge, für die sie (ziemlich üppig) bezahlt werden, woraus auch immer diese Aufträge bestehen mögen.

Ihre Fähigkeiten haben sie in den letzten Jahren sowohl in afrikanischen, als auch in lateinamerikanischen Staaten zur Genüge bewiesen. Egal ob es darum geht, Regierungen zu stürzen oder deren Sturz zu verhindern, Aufstände zu organisieren oder niederzuschlagen, sie arbeiten rasch, brutal und effizient.

Die Durchführung von Anschlägen auf zivile Ziele, bei denen keinerlei Gegenwehr zu erwarten ist, ist für diese Leute ein Kinderspiel...

*Bereits in den 60er-Jahren hat Agatha Christie den Grundsatz formuliert, daß die erste*

*Frage bei jedem Verbrechen lauten muß: Wem nutzt es?*

Der Anschlag vom 11.9. hat ausschließlich der Regierung Bush Nutzen gebracht. Der Vorwand für die Eroberung der irakischen Erdölquellen war damit ebenso gegeben, wie für die Einführung des polizeistaatlichen Terrors in den USA.

Kennzeichnend ist, daß bereits einen Tag nach dem Anschlag von Madrid die ersten Forderungen von EU-Ministern nach der Schaffung eines EU-Geheimdienstes und der Einführung von polizeistaatlichen Methoden in Europa laut wurden.

Wem nützt der anschlag von

Madrid?

Den moslemischen Fundamentalisten wohl kaum.

Den internationalen Machthabern, die die Entstehung sozialer Unruhen verhindern wollen sehr wohl.

So schaut's aus, fürchtet euer

## G. Haupt





Die Arbeitslosenzahlen steigen seit Jahren rasant an: Für die einen wird ein Existenz absichernder Arbeitsplatz zum unerreichbaren Fernziel. Für die anderen ist die neue Arbeitswelt zur gesundheitsbedrohenden und angst erfüllten Last geworden. Heute gilt der Mensch nichts - einzig der Profit zählt.


Die schwarzblaue Bundesregierung erweist sich dabei als Triebwerk des neoliberalen Turbokapitalismus.

In dieser Situation der Zuspitzung zwischen den Interessen der arbeitenden Bevölkerung und dem Kapital bedarf es mehr denn je

> einer Kraft in der Arbeiterkammer, die konsequent und kompromisslos die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertritt

> einer Kraft, die der Neuauflage des sozialpartnerschaftlichen Kuschelkurses sozialdemokratischer GewerkschafterInnen eine widerständige und kampfbereite Interessenspolitik entgegen setzt

> einer Kraft, in der sich fortschrittliche Gewerkschaftspolitik und neue soziale Bewegungen zum Bündnis gegen den neoliberalen Kapitalismus vernetzen

Eine solche Kraft ist der 

Beatrix Todter, Personalvertreterin im Kaiserin-Elisabeth-Spital, ist die Spitzenkandidatin des Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB) bei den Arbeiterkammer-Wahlen in Wien.

Rein gehen um aufzustehen

„Der GLB muss als kämpferische und solidarische Vertretung der Interessen der Ar-

beitnehmerInnen in der AK bleiben. Er tritt für eine Arbeiterkammer ein, die frei von parteipolitischen Rücksichtnahmen ist und sich ausschließlich an den Interessen der abhängig Beschäftigten orientiert. Der GLB muss die linke Stimme, das linke Gewissen, in der AK bleiben.“

Diese zentrale Forderung erhebt Beatrix Todter, Personalvertreterin und Spitzenkandidatin des GLB bei den AK-Wahlen.

Sie möchte gegen den massiven Privatisierungskurs der Gemeinde Wien vor allem im Spitalswesen mobilisieren. Seit es den Wiener Krankenanstaltenverbund gibt, wurden bereits das Mautner Markhof'sche Kinderspital, die Semmelweislinik sowie die Glanziger Kinderklinik geschlossen und das AKH in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Wien, so Todter, sei eben nicht anders, im Gegenteil, Wien mit seiner üppigen SP-Dominanz sei sogar Vorreiter im Ausgliedern und in der Privatisierung kommunaler Einrichtungen. Über den Weg systematischer Budgetkürzungen und den marktradikalen Abbau von Sozialleistungen werde auch und gerade in Wien der Weg in eine Zwei-Klassenmedizin geebnet. Hier weiß sich die rote Stadtregierung eins mit dem neoliberalen Mainstream.

Todter dazu: „Wollen wir arbeitenden Menschen uns diesem Wahnsinn länger ausliefern oder wollen wir unseren Einfluss geltend machen? Geben wir doch unserer Zukunft eine Chance und dem GLB eine Stimme. Machen wir damit die Arbeiterkammer wieder zu unserem Instrument.“

Eine andere Welt, eine andere AK, so Todter abschließend, müssten möglich sein: „Dafür trete ich an.“

## Signal auf Rot stellen

Öffentliche Verkehrsbetriebe, kommunale und soziale Versorgungseinrichtungen, Krankenhäuser, Energie und Wasser – das öffentliche Eigentum wird auf den Finanzmärkten feilgeboten. Schwarz-Blau setzt fort, was unter Rot-Schwarz begonnen wurde – einzig das Tempo hat sich vervielfacht. Die Interessen und die Bedürfnisse der Bevölkerung werden ignoriert; es zählt allein der Profit des Kapitals.

Dabei werden die Reichen immer reicher, während sich die Armut mit rasanter Geschwindigkeit ausbreitet. Die täglich erbrachten Leistungen kommen immer weniger jenen zu Gute, die sie erbringen – in einem stets größer werdenden Ausmaß werden die Menschen eines existenzsichernden Einkommens beraubt und die Entsolidarisierung der Gesellschaft vertieft sich mit jedem Tag: ArbeitnehmerInnen werden gegen PensionistInnen ausgespielt, Frauen gegen Männer, öffentlich Bedienstete gegen Privatangestellte oder ÖsterreicherInnen gegen MigrantInnen.



Ob bei der Post oder der Bahn, bei kommunalen oder privaten Betrieben: der Druck auf die Beschäftigten wächst, Arbeitsplätze werden



abgebaut bzw. neu Beschäftigte unter deutlich schlechteren kollektivvertraglichen Bedin-

gungen eingestellt. Mit Höchstgeschwindigkeit wird die Privatisierung bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben verfolgt. Die Zerschlagung der ÖBB etwa steht an der

Spitze der neoliberalen Agenda. Dabei werden internationale Warnsignal völlig ignoriert: etwa die englischen Eisenbahnen, die sich seit ihrer Privatisierung auf einer rasanten und für die BahnbenützerInnen lebensgefährlichen Talfahrt befinden.

Es ist Zeit, das Signal für diesen neoliberalen Kurs auf Rot zu stellen!

**Beatrix TODTER**  
**Spitzenkandidatin**

## Wilhelminenspital – Betreten auf eigene Gefahr Wie Inkompetenz zur tödlichen Gefahr wird...

Am Montag, dem 9.2.2004 wurde in der Küche der 3. Med. D-Süd des Wilhelminenspitals ein relativ großes Fenster mitsamt dem Rahmen durch den Wind nach innen gedrückt. Kollegin A.T. wurde von diesem Fenster am Kopf getroffen und erheblich verletzt.

Zum großen Glück der Kollegin ist das Glas nicht zersplittert...

A.T. wurde natürlich sofort medizinisch versorgt, an den Folgeschäden – wiederkehrenden starken Kopfschmerzen – leidet sie immer noch.

Soweit so schlimm.

Wie die Nachforschungen der Redaktion ergaben, existiert noch eine erhebliche Anzahl weiterer Fenster in ähnlich gefährlichem Zustand.

**Sofortmaßnahmen, die zur Vermeidung weiterer Unfälle unerlässlich sind, können nicht durchgeführt werden. Die finanziellen Mittel, die dafür notwendig sind, existieren nicht.**

Sie werden von den Verantwortlichen in der Generaldirektion des Krankenanstaltenverbundes ganz einfach nicht zur Verfügung gestellt.

*Anlässlich der Sitzung des Zentralausschusses der Personalvertretung am 15.4.2004 wurde bekannt, daß die kollegiale Führung des Wilhelminenspitals bereits sehr oft um Bereitstellung dieser Gelder ersucht hatte.*

*Die Antwort der KAV-GD lautete: „Wenn die KOFÜ mit den hausinternen Problemen nicht fertig wird, soll sie zurücktreten“.*

Diese Antwort zeigt in aller Deutlichkeit, daß die Inkompetenz dieser Leute nur noch von ihrer Dummheit und ihrer Arroganz übertroffen wird.

*Abgesehen vom gewaltigen menschen-verachtenden Zynismus dieser Aussage, übersehen die Damen und Herren der KAV-GD, daß dieses Verhalten höchstwahrscheinlich auch den strafbaren Tatbestand der §§88 ff StGB – fahrlässige Körperverletzung u.a. -erfüllt.*



Wenn die der Redaktion vorliegenden Informationen stimmen, gibt es in dieser Angelegenheit bereits polizeiliche Ermittlungen.

**Es steht zu hoffen, daß am Ende dieser Ermittlungen die richtigen Leute vor Gericht stehen werden - nämlich jene**

**MitarbeiterInnen der KAV – Generaldirektion, denen das Leben, die Sicherheit und Gesundheit unserer KollegInnen ganz einfach wurscht sind.**

**Und ich hoffe, daß das Strafmaß, das bei der zu erwartenden Verurteilung ausgesprochen wird, nicht zu knapp ausfällt.**

**Alles andere wäre ein Skandal, meint Euer**

**Gerhard Haupt**



## Jetzt geht's loooosss.... mit dem Probelauf in den KTH!

Was wir immer schon vermutet haben und wovor wir gewarnt haben, wird den (weniger gewordenen) KollegInnen jetzt in kleinen Dosen verabreicht.

Ein Beispiel dafür ist der sogenannte „Probelauf der Fa. Gustana“.

Bisher wurde der Salat in der Fa. Gustana gereinigt, geschnitten und kam hygienisch verpackt und geprüft in unsere Kindertagesheime.

Jetzt kommt der Salat ungewaschen, sandig und erdig, mit putzigen kleinen Schnecken in unsere Küche.

Unsere KollegInnen müssen den Salat nun waschen (einige Male!) und in wirklich kleine Streifen schneiden. Er wird sonst von den Kindern nicht gut angenommen.

Was den Uneingeweihten als Kleinigkeit vorkommt, bedeutet in einem Haus mit sagen wir mal 5 Gruppen einen erheblichen **Mehraufwand, obwohl bei den KrippenhelferInnen gewaltiger Personalabbau betrieben wurde.**

Es ist ja auch zu erwarten, dass bei den Horthelferinnen ähnliches passiert.

Wir wollen keine inhaltsleere Polemik betreiben, sondern wir ersuchen unsere KollegInnen, welche diese Arbeit verrichten, uns wissen zu lassen, wieviel Zeit tatsächlich mehr aufgewendet werden muss (TelNr: 01/407 69 36)

Wir werden dran bleiben und weiter darüber berichten. Gemeinsam gelingt es uns sicher, ungerichtfertige **Mehrarbeit** von **weniger KollegInnen** abzuwenden.

**Franz Bernhard**

*Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum*

## Februar 2004

Es war an einem sonnigen Samstagvormittag im Februar dieses Jahres, als ich beim Greißler ums Eck noch eine Kleinigkeit einkaufen wollte.

Unter den KundInnen, die vor mir an der Reihe waren, fiel mir eine kleine alte Frau auf, die sehr ärmlich gekleidet war. Sie schleppte einen riesigen Einkaufskorb, der fast zur Gänze mit Katzenfutter der billigsten Sorte gefüllt war.

Sie kaufte 1/8 Butter, 1/4 Milch und 5 dkg Dürre, dann verließ sie hastig humpelnd das Geschäft.

Da ich zu dieser Zeit der einzige Kunde war, kam ich mit dem Greißler ins Gespräch.

„Die alte Dame muß ganz schön viel übrig haben für ihre Katzen.“ meinte ich.

Der Greißler senkte betreten den Kopf und murmelte: „Katzen hat die doch schon lange keine mehr“.

Im Zuge des Gespräches erzählte er mir, daß die alte Frau schon seit vielen Jahren von einer Mindestrente in der Höhe von circa 320.— lebte.

„Davon muß sie die Miete bezahlen, und natürlich Gas, Strom und Wasser. Zum Leben bleibt da nicht viel. Besonders schlimm ist es im Winter, da schnorrt sie auf dem ganzen Brunnenmarkt Kartons und Kleinholz, damit sie wenigstens ein bisschen was zum Heizen hat.“

Voriges Jahr hat ihr meine Frau einen alten Wintermantel geschenkt, den hütet sie wie ihren Augapfel und trägt ihn nur am Sonntag, wenn sie in die Kirche geht.

Allerdings ist sie bei weitem nicht die Einzige in unserer Gegend, die so leben muß...“ Unser Gespräch wurde unterbrochen, da neue KundInnen das Geschäft betraten.

Natürlich ließ mir die Angelegenheit keine Ruhe.

Am darauffolgenden Montag sprach ich mit dem Filialleiter des nächstgelegenen Supermarktes über dieses Thema.

„Wenn es nach der Menge an Katzen- und Hundefutter geht, die wir allein in dieser Filiale wöchentlich verkaufen, müßte fast jeder Haushalt in der Gegend mindestens 4 Tiere halten“, meinte er.

„Natürlich haben wahrscheinlich alle, die so leben, Anspruch auf die Ausgleichszulage, aber entweder wissen sie es nicht, oder sie genieren sich, einen Zuschuß zu beantragen. Sehr viele von ihnen sind auch ganz einfach nicht in der Lage, das Antragsformular auszufüllen. Das ist nämlich so lang und so umständlich verfaßt, daß sogar ein befreundeter Akademiker, dem ich es gezeigt habe, das Handtuch geworfen hat.“

**Nochmals: wir schreiben das Jahr 2004, nicht 1930, und wir sind in Wien.**

Bei der letzten Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer hat der GLB den Antrag gestellt, daß die zuständigen Stellen ein amtliches Ermittlungsverfahren über den Anspruch auf die Ausgleichszulage durchführen und diese Zulage dann auch ohne weitere Antragstellung zur Auszahlung bringen müssen. Der Antrag wurde angenommen.

Die dazu erforderliche Gesetzesänderung steht allerdings noch aus.

**G.Haupt**



Verbündeter, wir unterstützen sein Regime. Einem Mörder zur Seite zu stehen, Doktor Frankenstein zu spielen, war uns immer sehr angenehm. Und so haben wir eine Reihe von Monstern hervorgebracht: Den Schah von Iran, Somoza in Nicaragua und Pinochet in Chile. Später dann taten wir so, als wären wir schockiert und hätten nichts gewusst, als diese Leute Amok liefen und ihre Völker massakrierten. Saddam mochten wir vor allem, weil er bereit war, gegen die Ayatollahs zu kämpfen. Deshalb gaben wir ihm Milliarden Dollar für Waffenkäufe.

Und wohlgedenkt: Es ging im Massenvernichtungswaffen. In der Tat, er hatte sie. Wir müssen es ja ganz genau wissen, denn wir haben sie ihm gegeben. Amerikanische Unternehmen hatten nicht nur die Erlaubnis, mit Saddam in den achtziger Jahren Geschäfte zu machen; sie wurden sogar ausdrücklich ermuntert. Auf diese Weise hat er chemisch und biologische Substanzen erhalten, die dann für C- und B-Waffen verwendet wurden.

Dabei ging es, wie in dem Bericht des US-Senats aus dem Jahre 1944 nachzulesen ist, um folgende Erreger und hochtoxische Stoffe: Bacillus Anthracis, Clostridium, Botulinum, Histoplasma Capsulatum, Brucella Melitensis, Clostridium Perfringens und Clostridium Tetani. Engste Verbindungen unterhielt Saddam auch zu Unternehmen aus anderen bekannten Branchen, darunter viele bekannte Namen: AT&T, Bechtel, Caterpillar, Dow Chemical, Dupont, Kodak, Hewlett-Packard und IBM. Wir waren mit Saddam so innerlich verbunden, dass wir ihm sogar die Satellitenaufnahmen zuspielten, mit denen er die iranischen Truppen exakt lokalisieren konnte. Wir wussten genau, was er mit den Informationen machen würde. Und so geschah es dann: Unmittelbar nach Erhalt der Spionagefotos vergaste er iranische Soldaten. Ein Jahr nach Beginn dieses Massenmords wurden die diplomatischen Beziehungen mit ihm vollständig wiederhergestellt. Spätestens als er dann einen Teil des irakischen Volkes, die Kurden, vergaste, hätte es doch, so könnte man meinen, zu einem Bruch zwischen ihm und uns kommen müssen. Tatsächlich versuchte der Kongress, Sanktionen gegen Saddam zu verhängen. Aber die Reagan-Regierung wies dieses Vorhaben sofort zurück. Genau so wie der Frankenstein aus der Mythologie geriet Saddam dann allerdings außer Kontrolle. Er tat nicht mehr das, was sein Meister ihm vorgab und musste wieder eingefangen werden. Und jetzt, da er aus der Wildnis zurückgekehrt ist, wird er möglicherweise etwas sagen wollen, nicht zuletzt über seine Schöpfer, seine treuen Verbündeten von damals. *Dieser bissig-ironische Kommentar des Oscar-Preisträgers, Filmemachers und Schriftstellers Michael Moore hat ihrem Verfasser von Präsident Bush und seinem Regierungsteam höchste „Missbilligungen“ eingetragen. Was man aus deren Sicht*



*durchaus verstehen kann – wenn man bedenkt, dass die vom Autor angeführten Fakten nicht „aus der Luft gegriffen“, sondern bittere US-Realität sind.*

## War nur der Geheimdienst schuld?

In welcher, gelinde gesagt, „erklärungsbedürftiger“ Lage sich US-Präsident Bush und sein britischer Kumpan Tony Blair derzeit befinden, zeigt deren Flucht nach vorn: die Geheimdienstberichte, aufgrund deren Angaben von „Mas-

senvernichtungswaffen“, die Saddam Hussein angeblich besaß und mit denen er die USA bedrohen wollte, sind bis dato nicht gefunden worden. Nun soll „geprüft“ werden, ob die smarten Herren vom US- (und auch vom britischen) Geheimdienst die Fakten „geschönt“, d.h., maßlos übertrieben haben und dieses „Ergebnis“ dann dem Präsidenten (und Tony Blair) als Kriegsgrund auf den Tisch des Weißen Hauses (und den in Londons Dow-

ning Street 10) gelegt haben. „Ich möchte, dass das amerikanische Volk weiß, dass auch ich die Tatsachen wissen will“, sagte Mister Bush. Reichlich spät will der Präsident nun Klarheit darüber haben, ob der „grässliche Verdacht“, Saddam Hussein sei ohne Waffen, die Bedrohung für die USA habe es nie gegeben und die Gründe für den Irakkrieg seien womöglich eine Fälschung gewesen. Und davon haben Mr. Bush und Kriegsfreund Blair nichts gewusst? Wer soll zwei so gewieften Politikern das abnehmen? Für wie dumm hält man die amerikanischen und britischen Bürger und die Menschen insgesamt eigentlich? Die ganze Schmierkomödie soll offenbar vergessen machen oder zumindest kaschieren, dass ein völkerrechtswidriger Angriff auf einen anderen Staat aufgrund gefälschter oder zumindest maßlos übertriebener geheimdienstlicher „Dokumente“ stattgefunden, das Verhältnis zur UNO beschädigt und EU-Staaten, insbesondere Frankreich und Deutschland wie lästige Armutschkerln behandelt wurden. Und nicht zuletzt die bittere Tatsache, dass mindestens 500 amerikanisch Soldaten bisher ihr Leben lassen mussten, unzählige Bürger irakische Opfer von Terroranschlägen und besatzungsbedingten Zuständen wurden, und nicht zuletzt, dass monatlich vier Milliarden Dollar Kosten für die Besetzung des Irak den amerikanischen Steuerzahler zur Kasse bitten. Um Missverständnissen vorzubeugen: dem Diktator und Massenmörder Saddam Hussein weint niemand eine Träne nach, aber um ihn auszuschalten hätte es zweifellos andere Mittel und Methoden gegeben, wie sie nicht zuletzt der US-Geheimdienst schon vielfach angewendet hat

*Quelle: Der neue Mahnruf*

## Bericht aus dem Zentralvorstand der GdG



**Freizeiteinrichtungen:** Zum ersten Mal, in der Geschichte der GdG, konnten die gewerkschaftseigenen Einrichtungen ein positives Geschäftsergebnis vorlegen.

### **Pensionsreform/Harmonisierung der Pensionssysteme**

Der GdG-Vorsitzende, Kollege Hundsdorfer, referierte über die zu erwarteten Schwierigkeiten und den derzeitigen Stand der Verhandlungen.

Die Problematik der GdG liegt vor allem darin, dass unsere Mitglieder neun verschiedenen Pensionsgesetzen (Bundesländer) unterstellt sind und diese Tatsache die Verhandlungen nicht gerade vereinfachen.

Gleichzeitig verhandelt der Bund mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst (GÖD) über ein neues Bundespensionsrecht, das dem ASVG angepasst ist. Die Schlagwörter „**Harmonisierung der Pensionssysteme**“ und die „**privilegierten Beamten**“ werden immer wieder von Regierungsseite und den Medien so dargestellt, dass alle Beamten im Pensionsschlaraffenland leben.

Hier wird offensichtlich, dass die öffentliche Meinung mit Halb- und Unwahrheiten manipuliert wird!

Faktum ist, dass ein Grossteil der Beamten keine Ministerialräte oder Kommerzialräte sind, son-

dem Klein- und Mittelverdiener, dementsprechend sehen auch ihre Pensionen aus!

Bewusst wird auch verschwiegen, dass der Bund und die Gemeinden im Gegensatz zum ASVG keine Arbeitnehmerbeiträge zahlen und sich so jährlich dreistellige Euromillionenbeträge ersparen. Gleichzeitig zahlen Beamte höhere Beiträge und bekommen auch keine Abfertigung!

Bewusst wird auch der Öffentlichkeit verschwiegen, dass viele Städte und Gemeinden bei einer sofortigen Umstellung ihrer Beamten auf ASVG in massive Finanzschwierigkeiten kommen würden! Tatsache ist jedoch, dass der Druck auf die sogenannten „privilegierten“ Bereiche von GdG und GÖD zunimmt und jeder sich darüber im Klaren sein muss, dass es auch in unseren Bereichen zu Änderungen kommen wird!

**GdG – Mitgliedskarte neu:** Die neue GdG-Mitgliedskarte wird auf Wunsch auch mit Kreditkartenfunktion ausgestattet sein.

Ab Juni 2004 werden die neuen Mitgliedskarten an alle Mitglieder verschickt (ohne Kreditkartenfunktion). Möchte ein GdG-Mitglied nun diese Zusatzfunktion, muss es eine Filiale der BAWAG oder Postsparkasse (mit Ausweis) aufsuchen.

Eine Kontoeröffnung bei BAWAG oder Post ist nicht notwendig.

*Roman Böhm-Raffay  
Vorsitzender GLB/GdG*

### **Impressum:**

**Herausgeber und Verleger:** Gewerkschaftlicher Linksbund in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – 1090 Wien, Maria Theresien-Straße 11.

#### **Redaktionsbüro:**

1170 Wien, Elterleinplatz 6/2 – Tel.: 01/407 69 36, Fax: 01/407 69 36 13  
E-mail: glb.gemeinde@aon.at -  
[www.glb-gemeinde.at](http://www.glb-gemeinde.at)

**Herstellung:** Eigenvervielfältigung  
**Verlags- und Herstellungsort:** Wien

**Zulassungsnummer: 03Z035399**